

Highspeed-Internet: Bergkamen, Kamen und Bönen sollen ein flächendeckendes Glasfasernetz erhalten



Pressekonferenz zum Glasfaserausbau im Kamener Rathaus.

Die Deutsche GiGa Netz GmbH will bis 2026 Bergkamen, Kamen und Bönen flächendeckend mit Glasfaseranschlüssen versorgen. Das wird von den drei Räten begrüßt. Sie haben am Donnerstag in gleichzeitig laufenden Ratssitzungen eine Kooperationsvereinbarung mit dem Unternehmen beschlossen.

Die DGN GmbH mit Hauptsitz in Hamburg arbeitet bereits mit Kommunen und Landkreisen zusammen, um den Glasfaserausbau voranzubringen. Auch in NRW gibt es bereits laufende Projekte z.B. in Soest, Voerde und Mönchengladbach. Auch die DGN GmbH benötigt für den eigenwirtschaftlichen Ausbau ein Mindestkontingent (in der Regel 40% der Versorgungspunkte), um

den Ausbau wirtschaftlich darstellen zu können. Der Ausbau erfolgt als FTTH Anschluss, also mit einem Anschluss bis ins Haus. Im Haus können weitere Glasfaserkabel verlegt werden, es ist aber auch möglich, die vorhandenen Kupferkabel zu nutzen. Schon dies bringe einen erheblichen Geschwindigkeitsvorteil, erklärte Bürgermeister Bernd Schäfer.

Dieser Erstanschluss in der Ausbauphase ist für die Bürgerinnen und Bürger ohne weitere Kosten verbunden. Bei der Nutzung entstehen Beiträge, die je nach gewählter Geschwindigkeit von 44,90 bis 79 Euro kosten. Die aktuellen Konditionen erfahren Sie hier: <https://deutsche-giganetz.de/internet-telefon/>

Um den eigenwirtschaftlichen Ausbau zu ermöglichen, wird das Unternehmen in Kürze in den Kommunen eine Nachfragebündelung starten und für den Glasfaseranschluss werben. Auf der Grundlage der am Donnerstag gebilligten Kooperationsvereinbarung werden die Städte Bergkamen und Kamen sowie die Gemeinde Bönen das Unternehmen dabei unterstützen.

Dieses Projekt stellten am Donnerstag in einer Pressekonferenz Bürgermeister Bernd Schäfer, Kamens Bürgermeisterin Elke Kappen und GSW-Geschäftsführer Jochen Baudrexel vor. Sie betonten, dass die Kommunen allein die Investitionssumme von 80 bis 100 Millionen Euro hätten nicht finanzieren können. Außerdem sehen sie darin eine Chance, das kommunale Telekommunikationsunternehmen Helinet, an dem die GSW beteiligt sind, zukunftssicher zu machen und die damit verbundenen Arbeitsplätze zu erhalten.